



Gmünd

Politische Debatte um Krankenhaus-Ersatz

25. November 2025, 10:32 Uhr Katrin Pilz

Die SPÖ Gmünd übt Kritik am Begutachtungsentwurf für den Regionalen Strukturplan Gesundheit. FPÖ weist Vorwürfe zurück.

GMÜND. "Im Gesundheitsplan wurde vorgesehen, dass es durch die Schließung des Landesklinikums Gmünd zu keinen Versorgungsnachteilen für die Bevölkerung im nördlichen Waldviertel kommen darf", sagt SPÖ-Bezirksvorsitzender Landtagsabgeordneter Michael Bierbach. Laut der SPÖ Gmünd würden sich dem Begutachtungsentwurf zum Regionalen Strukturplan Gesundheit (RSG) nach aber Versorgungsnachteile für die Bevölkerung in der Region durch die Spitalsschließung ergeben.

So würde sich etwa die MRT-Versorgung verschlechtern, da das MRT-Gerät in Gmünd nicht im Großgeräteplan aufscheine, auch fehle es an zusätzlichen Planstellen für einen Augenarzt, in Orthopädie und Chirurgie bzw. Innerer Medizin. "Nachdem wir den aktuellen Begutachtungsentwurf des zuständigen FPÖ-Landesrats NÖGUS-Vorsitzenden Martin Antauer für den RSG kennen, ist klar, dass es massive Nachbesserungen braucht. Die FPÖ ist gefordert, endlich verbindlich zuzusagen, dass keine einzige Struktur geschlossen wird, solange nicht ein mindestens gleichwertiger Ersatz fix und funktionsfähig ist. Ich lasse keine Hintertüren offen. Wer etwas sperrt, ohne gleichwertigen Ersatz vorzulegen, bricht sein Wort gegenüber den Menschen im Bezirk. Das lassen wir nicht zu", so Bierbach.

"Udo Landbauer und Landesrat Antauer müssen ihr Wort gegenüber der Bevölkerung im Waldviertel halten. Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur medizinischen Versorgung und keine leeren Versprechen", stellt sich Landesparteivorsitzender Landesrat Sven Hergovich hinter die SPÖ Gmünd.

FPÖ: "Können Vorwürfe nicht nachvollziehen"

"Die erhobenen Vorwürfe können wir nicht nachvollziehen, da auch die SPÖ mit Landesrätin Eva Prischl und SPNÖ-Chef Sven Hergovich als Teil der Landesregierung dem RSG und dem Gesundheitsplan 2040+ zugestimmt haben", heißt es aus dem Büro von Landesrat Martin Antauer. Alle Vorgaben aus dem Österreichischen Strukturplan Gesundheit (ÖSG), dem zentralen Planungsinstrument auf Bundesebene, würden so umgesetzt, dass die Versorgung gewährleistet sei und die Bevölkerung jederzeit ein "hochwertiges und gut zugängliches Gesundheitssystem" zur Verfügung habe.

"Zudem muss klar festgehalten werden, dass der RSG NÖ einem vorgegebenen Bundesregelwerk folgt. Die Bundesländer können sich also nicht aussuchen, was dort drinnen steht und was nicht. Der Begutachtungsentwurf wurde vor Begutachtung von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen bzw. freigegeben und mit allen Beteiligten - Ärztekammer, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, Zahnärztekammer, LGA - in informellen Gesprächen abgesprochen", so Antauer. Der österreichweit gültige Großgeräteplan des ÖSG sei im zuständigen Gremium einstimmig beschlossen worden, wo auch viele SPÖ-Vertreter sitzen. Für die Planung des niedergelassenen Bereichs sei die Sozialversicherung verantwortlich und zuständig, die eingeforderten niedergelassenen fachärztlichen Planstellen seien also dort "einzufordern".

Antauer verweist auf das künftige, von der LGA betriebene fächerübergreifende Ambulatorium mit Fachärztezentrum, das der Plan anstelle des Krankenhauses in Gmünd vorsieht. Dort werde künftig das Leistungsspektrum einer Primärversorgungseinheit mit Fachrichtungen wie Innere Medizin, Chirurgie, Gynäkologie, Geburtshilfe und Augenheilkunde ergänzt. Zudem sei eine 24/7-Erstversorgung mit Notarzt vorgesehen und auch die Option auf eine spätere Ausweitung des fachärztlichen Ambulatoriums sei im Plan verankert.